



Resolution
zum
staatspolitischen Umgang
mit
der „Chinesischen Grippe“ / Corona-Epidemie

Stand 31. März 2020

Die Alternative für Deutschland (AfD) sieht sich in Zeiten der grassierenden Corona-Pandemie als das politische Sprachrohr des sich selbst überlassenen, verunsicherten Bürgers.

Wir sehen die zunehmende Verrohung der Sitten im Umgang mit der Verknappung von Medikamenten, medizinischen Gütern und Lebensmitteln mit großer Sorge und wünschen uns in unserem Land untereinander Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft, aber auch vertrauensbildende Offenheit und vernunftbesetzte Tatkraft der Regierenden im Bund und den Bundesländern. Besonders diese Tatkraft fehlt.

Wir bewerten das Krisenmanagement der von CDU und SPD geführten Bundesregierung im Umfang als unverhältnismäßig und in der Wirkung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Basis unseres Staates als nachhaltig schädigend.

Zunächst beschwichtigte und verharmloste die Regierung Merkel die Gefahr durch das Corona-Virus. Sie tat das, obwohl sie durch die Nachrichtendienste vollumfänglich über die Viruspathogenität und der Ausbreitungsgeschwindigkeit in China in Kenntnis gesetzt war. Noch im Februar veranlasste Bundesaußenminister Maas (SPD) zwei großzügige Lieferungen von Atemschutzanzügen, Desinfektionsmittel, Schutzmasken, Handschuhen und Schutzbrillen nach China. Ende März herrscht in Kliniken, Arztpraxen und Kriseneinrichtungen noch immer akuter und gefährlicher Mangel an diesen Schutzausrüstungen.

Der Bundesregierung war bewußt, dass man Epidemien nur im Anfangsstadium stoppen kann. Wider besseres Wissen ließ sie Großveranstaltungen, wie die Nürnberger Spielwarenmesse, zu, sie ließ die Narren Fastnacht feiern und sie weigerte sich zu lange, allgemeine Reiseverbote auszusprechen und die Flughäfen zu schließen.

Anstatt alles zu unternehmen, was die Bevölkerung schützen kann, beschloß die Bundesregierung die Aufnahme weiterer „Flüchtlinge“ unbekannter Herkunft und mit unbekanntem Gesundheitsstatus und hatte nichts besseres im Sinn, als die GEZ-Gebühren zu erhöhen.

+++++

Deutschland in Panik.

Die unvollständige Berichterstattung verschiedener Quellen verunsichert alle Menschen. Das Center for Systems Science and Engineering (CSSE) an der Johns Hopkins University nennt die Zahl der Erkrankten nicht, sondern suggeriert, dass Infizierte gleich Erkrankte sind. Das bundeseigene Robert-Koch- Institut rechnet Zahlen von Verstorbenen ein, die nicht DURCH sondern MIT Corona-Viren verstorben sind. Es nennt ebenfalls keine differenzierten Zahlen von Erkrankten und veröffentlicht auch die Vorerkrankungen der Verstorbenen nicht. Diese unwissenschaftliche, mangelhafte Informationspolitik verursacht Ängste bis hin zur Panik. Die Medien schüren diese zusätzlich und die Regierung läßt sich von ihr vor sich her treiben.

In dieser Situation verordnet die Bundesregierung den sogenannten „shutdown“, den Stillstand der Erwerbstätigkeit in zahlreichen Wirtschaftsbranchen auf unbestimmte Zeit. Trotz staatlich-planwirtschaftlicher Hilfen wird es laut ifo-Institut zu einem massiven Schaden der deutschen Wirtschaft kommen. Das Institut rechnet bei einem 2-Monatigen Ausstand mit 1,8 Millionen Arbeitslosen, mit 6 Millionen Kurzarbeitern, einem Rückgang des BIP um 7,2-11,2 Prozent und mit Kosten sowie Steuerausfällen in Höhe von bis zu 495 MRD Euro. ¹ Hunderttausende Selbständige werden in den Verlust ihrer Existenz getrieben. Familien werden zerstört, Menschen in Depressionen gestürzt. Die Gesellschaft wird nachhaltig geschädigt. Die Zukunft der Kinder verpfändet.

Auf der europäischen Ebene wird Deutschland für die bestehenden Bürgschaften herangezogen werden. Die EU-Schulden werden über Corona-Bonds endgültig vergemeinschaftet und in noch größerem Umfang dem deutschen Steuerzahler aufgelastet. Der Euro wird zur Inflationswährung. Und die EU und mit ihr Deutschland gehen in die Pleite.

Angesichts dieser Folgen ist der „shutdown“ im höchsten Maße schädlich und epidemiologisch ist er unnötig!

Nach der epidemiologischen Faktenlage ist ein Großteil der tatsächlich infizierten Menschen nicht getestet. Schätzungen gehen von einem Faktor 11 aus ². Vor dem Hintergrund einer 11-fach höheren

Infektionsrate relativiert sich die Zahl der Verstorbenen und – wenn veröffentlicht – die Zahl der Erkrankten. Erfasste man die tatsächlich DURCH Coronaviren verstorbenen Patienten, fiel die reelle Letalitätsrate wesentlich niedriger aus. Diese Letalitätsraten unterscheiden sich dann nicht mehr von einer Influenza-Grippe. (Winter 2017/18: 25.100 Tote in Deutschland durch Influenza)

Wie bei jeder anderen Virusgrippe verbreitet sich der Erreger sehr schnell und in Wellen über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren. Erst wenn eine Herdenimmunität von rund 70% entstanden ist, ebbt Neuinfektionen ab.

Nach der medizinischen Faktenlage ist das Covid-19 eine Mutation einer bereits in vielen Menschen vorhandenen Corona-Virusart. Deshalb bleiben sehr viele Infizierte (80%) „gesund“ oder durchlaufen nur eine kurze Immunreaktion mit milden bis moderaten grippalen Symptomen³.

In Island, wo repräsentative Tests über die Gesamtbevölkerung durchgeführt werden, liegt die Infektionsrate bei 7,5 % und die Gesamterkrankungsrate nur bei 7 % der Infizierten. Die Zahl der im Krankenhaus befindlichen liegt bei knapp 3 % der Erkrankten und damit bei 0,016 % der Gesamtbevölkerung. Zusammengefasst bleiben also 99,984 % der Bevölkerung im wesentlichen gesund.⁴

Fazit: Ein „shutdown“ vermag nicht die Verbreitung der infektiösen Virusgrippe aufzuhalten, aber er kann die Grundlage der Existenz der Menschen zerstören.

Die Alternative für Deutschland AfD fordert daher den sofortigen Stopp des „shutdowns“, um die wirtschaftliche Existenz der Menschen zu sichern und um die notwendige Immunität der Bevölkerung möglichst schnell herzustellen. In einzelnen bedeutet dies:

Älteren Menschen und Risikopatienten wird weiterhin häusliche Quarantäne empfohlen.

Kindergärten, Schulen und Hochschulen öffnen sofort.

Handel, Dienstleistung und das Gaststätten- sowie Hotelgewerbe öffnen sofort und stellen eine geringere Kundendichte sicher, sodass Personen-Abstände von mindestens 1,5m gewährleistet sind. Reisen im Individualverkehr werden erlaubt.

Die Grenzen öffnen für Handel und Arbeitsfreizügigkeit sofort. Für Personenverkehr später.

Die Flug- und Seehäfen werden für den Warentransport uneingeschränkt geöffnet. Der Personenverkehr unterbleibt zunächst.

Verwaltungen arbeiten wieder voll, organisieren effiziente Heimarbeitsplätze und besetzen Großraumbüros mit geringerer Personaldichte. Die digitale öffentliche Verwaltung wird mit Priorität umgesetzt.

Abstandsregeln im öffentlichen Bereich einschließlich dem Verbot von Veranstaltungen bleiben zunächst weiter bestehen.

Jedem Bürger werden Atemschutzmasken zur Verfügung gestellt, die durch die guten, belastbaren und zukunftsfähigen Auslandbeziehungen Deutschlands zu China sofort lieferfähig werden. Alternativ werden Produktionen des gesamten Bedarfs der Grundversorgung (Nahrungsmittel, Medikamente, Energietechnik, etc.) in Länder verlagert, die eine sichere, kontinuierliche Lieferfähigkeit gewährleisten.

Unabhängig davon muss die einseitige Abhängigkeit von China in der Herstellung insbesondere von Medikamenten ein Ende haben. Diese Monopolisierung führte ohnehin bereits bisher zu

Lieferausfällen und zu nicht verfügbaren Arzneimitteln. Bereits vor der Corona-Krise hat sich der fatale Irrweg einer Rabattierung der Arzneimittel zu Lasten von Versorgungssicherheit und Verlässlichkeit als Bumerang gegen die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung erwiesen.

Das bundeseigene Robert-Koch-Institut wird verpflichtet, der Allgemeinheit freien Zugang zu allen Statistiken zu gewähren. Auch zu detaillierten Zahlen von DURCH Covid-19-Erkrankte bzw. Verstorbene mit Erkrankungsschwere, mit Vorerkrankungen und mit Altersangabe. Dies schließt meldepflichtige Infektionskrankheiten ein, die 2018 bezeichnenderweise ausgesetzt wurden.

Die AfD klagt alle bisher in Deutschland Verantwortung tragende Parteien an, die Kapazitäten der Krankenhäuser heruntergefahren zu haben und ihren gesetzlichen Verpflichtungen in der auskömmlichen Finanzierung nicht nachgekommen zu sein. Dies geschah zu Lasten des medizinischen Personals und der Patientenversorgung. Wir fordern, die Klinikfinanzierung wieder individuell zielgerichtet durchzuführen, so die Behandlungskapazitäten zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen (auch die Gehälter!) des medizinischen Personals deutlich zu verbessern. In der ambulanten ärztlichen Versorgung müssen die verfügbaren Arztbehandlungen durch die Aufhebung der Budgetierung erhöht werden.

Ein jederzeit abrufbarer, funktionierender Katastrophenschutz gehört ebenso zur selbstverständlichen Daseinsvorsorge und zu den Kernaufgaben des Staates. Wir fordern, den Katastrophenschutz, Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk finanziell zu stärken. Die seit vielen Jahren vorhandenen Pandemiepläne, die bei Ausbruch einer Pandemie sofortige Hilfe garantieren, sind zu erfüllen. Nach den bestehenden Pandemieplänen wären Atemschutzausrüstungen, Schutzkleidung und Beatmungsgeräte in angemessener Zahl vorhanden gewesen!

Die AfD fordert eine sofortige Umkehr weg von einer Politik, die statt Verlässlichkeit, Orientierung und Sicherheit zu geben, Chaos, Verunsicherung und Lebensgefahr verursacht.

In dieser Krise bedarf es mehr denn je einer neuen alternativen verantwortungsbewussten Politik, für die wir als Alternative für Deutschland, AfD, bereitstehen.

- 1 Die volkswirtschaftlichen Kosten des Corona-Shutdown für Deutschland. Eine Szenarienrechnung. Dorn Florian, Fuest Clemens et al. Ifo Institut München 2020
- 2 Nishiura H, Kobayashi T, Yang Y, Hayashi K, Miyama T, Kinoshita R, et al. The Rate of Underascertainment of Novel Coronavirus (2019-nCoV) Infection: Estimation Using Japanese Passengers Data on Evacuation Flights. Journal of clinical medicine. 2020;9(2).
- 3 WHO. Report of the WHO-China Joint Mission on Coronavirus Disease 2019 (COVID-19). Report. World Health Organization (WHO); 2020 16-24.02.2020.
- 4 <https://www.covid.is/data> from 31. March 2020 13.00 h